P1

Protokoll

Initiator*innen: Bundesvorstand

Titel: **vorläufiges Protokoll der 44. Bundesmitgliederversammlung**

Antragstext

Protokoll 44. Bundesmitgliederversammlung Campusgrün

03. bis 05. Dezember 2021

Tag 1: 03.12.2021

Beginn der Sitzung: 18:17 Uhr

Hybrid-Veranstaltung, Teilnahme der Delegierten über Zoom

TOP 0 Begrüßung

Begrüßung durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo)

TOP 1 Formalia

1.1. Feststellung der Abstimmungs- und Beschlussfähigkeit

Es sind Delegierte aus 10 Gruppen dabei. Ab fünf Gruppen ist die BMV beschlussfähig.

Der Probeantrag „Club Mate auf BMV als einziges zugelassenes Getränk“ wird abgelehnt, Open Slides als Abstimmungstool funktioniert bei fast allen. In einem Fall wird nachjustiert. Bei der ersten offiziellen Abstimmung können alle

anwesenden Delegierten das Tool nutzen.

1.2. Wahl des Präsidiums

Der Vorschlag des BuVo für das Präsidium lautet: Clara Lindner (CG Münster), Julius Sommer (CG Münster), Jakob Belle (BAGLS Bamberg), Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo).

Es wird vorgeschlagen, alle im Block zu wählen. Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9

Nein 0

Enthaltung 1

Das Präsidium ist gewählt, bedankt sich, Jakob Belle und Sophie Eltzner übernehmen die Sitzungsleitung.

Das Präsidium schlägt eine Quotierung von FINTA* vs. offene Redeliste vor und möchte damit die binäre Quotierung ablösen. Damit gäbe es auch kein Frauenplenum, sondern ein FINTA*-Plenum.

Es gibt keinen Widerspruch und keine Gegenrede. Damit ist dieser Vorschlag bestätigt.

1.3. Wahl der*s Protokollant*in

Der BuVo schlägt Jasmin Zoll (c:g köln) vor.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Nein 0

Enthaltung 0

Die Protokollantin ist gewählt.

1.4. Dringlichkeitsanträge

1.4.1. Entscheidung über Dringlichkeitsantrag D1

Lene Greve (CG Hamburg) begründet, dass die Dringlichkeit darin begründet liegt, dass alle drei Dringlichkeitsanträge sich auf den Koalitionsvertrag beziehen. Um die Einflussnahme als politischer Verband zu gewährleisten. Nachdem die Grüne Jugend den Koalitionsvertrag unterstützt und zumindest die Jusos Kritik geäußert haben, sei es wichtig, sich als grüner Verband kritisch zu äußern. Die Dringlichkeitsanträge bezögen sich auf die Themen Freihandel, Krieg und Frieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 0

Die Dringlichkeit ist bestätigt.

1.4.2. Entscheidung über Dringlichkeitsantrag D2

Lene Greve (CG Hamburg) übernimmt die Begründung der Dringlichkeit auch für diesen Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Nein 1

Enthaltung 0

Die Dringlichkeit ist bestätigt.

1.4.3. Entscheidung über Dringlichkeitsantrag D2

Linus Mach (CG Münster) begründet die Dringlichkeit des Antrags mit der Aktualität des Koalitionsvertrags und damit, dass Campusgrün als Bundesverband Einfluss auf die Inhalte der Politik der nächsten vier Jahre nehmen müsse, besonders in Hinblick auf die Hochschulpolitik.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 0

Die Dringlichkeit ist bestätigt.

1.5. Beschluss der Tagesordnung

Der aktuelle Tagesordnungsvorschlag des BuVo lautet:

1. Formalia
2. Aufnahme neuer Landesverbände
3. Aufnahme neuer Gruppen
4. Arbeitsprogramm
5. Berichte
6. Haushalt
7. Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen
8. Antrag Verbandsentwicklung
9. Satzungs- und ordnungsändernde Anträge
10. Wahlen des Bundesvorstands
11. Nachwahl Bundesschiedsgericht
12. Wahl der*des Datenschutzbeauftragten
13. Anträge
14. Termine

15. Sonstiges

Vorschlag auf Änderung der Tagesordnung durch Bundesvorstand: Es soll der TOP 13 – „Anträge“ vorgezogen werden und nach den satzungs- und ordnungsändernden Anträgen behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12

Nein 0

Enthaltung 2

Der Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung ist angenommen. Die Tagesordnung ist in geänderter Form angenommen.

Beschlossene Tagesordnung:

1. Formalia

2. Aufnahme neuer Landesverbände

3. Aufnahme neuer Gruppen

4. Arbeitsprogramm

5. Berichte

6. Haushalt

7. Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen

8. Antrag Verbandsentwicklung

9. Satzungs- und ordnungsändernde Anträge

10. Anträge

11. Wahlen des Bundesvorstands

12. Nachwahl Bundesschiedsgericht

13. Wahl der*des Datenschutzbeauftragten

14. Termine

15. Sonstiges

1.6. Beschluss der Geschäftsordnung

Nachfrage von Elias Pourmoin (c:g Köln): „Bezieht sich die Abstimmung auf die alte oder die geänderte Geschäftsordnung?“ Jo sagt, die Abstimmung beziehe sich auf die geänderte GO.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 1

Die Geschäftsordnung ist angenommen.

1.7. Verabschiedung des Protokolls der 43. BMV

Es gibt keine Wortmeldung zum Protokoll der letzten BMV.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12

Nein 1

Enthaltung 1

Das Protokoll ist damit verabschiedet.

TOP 2 Aufnahme neuer Landesverbände

Es gibt keine Anträge auf Aufnahme neuer Landesverbände.

TOP 3 Aufnahme neuer Gruppen

Lorenz Starkloff von campus:grün spoho köln stellt den Antrag auf Aufnahme in den Bundesverband. Er erzählt, dass die Gruppe sich gegründet habe, weil sie die SpoHo als eher unpolitisch erlebt habe und die typischen möglichst unabhängig erscheinenden Oppositionsparteien als nicht ausreichend empfunden haben. Sie wollten an der SpoHo einen sozialen und ökologischen Wandel einläuten und die Studierendenschaft politisieren und vor allem emanzipieren. Die Gruppe bestehe seit 3 bis 4 Jahren, inoffiziell bereits seit 5. Er würde sich freuen, wenn campus:grün spoho köln Mitglied des Bundesverbands werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15

Nein 0

Enthaltung 0

Die Gruppe campus:grün spoho köln ist in den Bundesverband aufgenommen.

- Unterbrechung der Sitzung bis zum nächsten Morgen -

Tag 2: 04.12.2021

Ende der Unterbrechung: 9:25 Uhr

Das Präsidium begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste und eröffnet die BMV für den Tag.

Die Sitzungsleitung übernehmen für den Anfang Clara Lindner und Julius Sommer.

Testabstimmung über Erstattungsfähigkeit von Broccoli

Abstimmungsergebnis:

Ja 16

Nein 1

Enthaltung 1

Der Testantrag ist angenommen.

GO-Anträge zur Änderung der Tagesordnung

Aufnahme des neuen Dringlichkeitsantrags D4 in die Tagesordnung unter TOP 10.2.5

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) begründet, dass die Urabstimmung der Mitglieder der Partei Bündnis 90/Die Grünen über den Koalitionsvertrag am Montag endet und darum noch dieses Wochenende über den Antrag, der sich auf den Koalitionsvertag beziehe, abgestimmt werden sollte.

Es gebe unter den Campusgrün-Mitgliedern bestimmt einige, die sich damit noch nicht zu hundert Prozent beschäftigt haben und durch den Antrag solle erreicht werden, dass auch diese sich damit auseinandersetzen. CG Hamburg sei dafür, den Koalitionsvertrag abzulehnen. Die Gruppe sehe grüne Positionen, vor allem die Positionen von Campusgrün und deren Grundwerten, nicht vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17

Nein 2

Enthaltung 1

Die Dringlichkeit ist bestätigt. Der Antrag wird als D4 unter TOP 10.2.5 in die Tagesordnung aufgenommen.

TOP 4 – „Arbeitsprogramm“ hinter Berichte und Haushalt ziehen

Der BuVo beantragt, den TOP 4 – „Arbeitsprogramm“ des BuVo hinter die TOPs „Berichte und „Haushalt“ zu setzen. Es ergebe mehr Sinn, zuerst darüber zu berichten, was der BuVo gemacht habe und dann über das zu sprechen, was das zukünftige Programm betrifft.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16

Nein 2

Enthaltung 2

Der Antrag ist angenommen. Die neue Tagesordnung sieht wie folgt aus:

1. Formalia

2. Aufnahme neuer Landesverbände

3. Aufnahme neuer Gruppen

4. Berichte

5. Haushalt

6. Wahl von 2 Rechnungsprüfer*innen

7. Arbeitsprogramm BuVo

8. Antrag Verbandsentwicklung

9. Satzungs- und ordnungsändernde Anträge

10. Anträge

11. Wahlen Bundesvorstand

12. Nachwahlen Bundesschiedsgericht

13. Wahl der*des Datenschutzbeauftragten

14. Termine

15. Sonstiges

Dringlichkeitsanträge D3 und D4 auf Sonntagvormittag verschieben

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) beantragt, die Dringlichkeitsanträge D3 und D4 auf Sonntagvormittag zu verschieben.

Beide Anträge würden sich inhaltlich widersprechen, darum ergebe es keinen Sinn, beide zu verabschieden. Außerdem sei, da die Anträge erst während der BMV eingereicht worden seien, noch nicht genug Zeit gewesen, sich mit beiden Anträgen auseinanderzusetzen. Sie bezögen sich auf den Koalitionsvertrag, wobei es sich um ein Dokument von 178 Seiten handele, das man nicht mal eben so lesen könnte. Es sei unfair, wenn diejenigen, die ihn bereits vollständig gelesen hätten, dadurch einen Vorteil hätten. Er erachtet es als wichtig, den Mitgliedern die Zeit zu geben, sich damit fundiert auseinanderzusetzen. Eine Verschiebung auf Sonntag würde dennoch dem Anspruch gerecht werden, vor Ende der BMV und dem Ende der Urabstimmung darüber zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 4

Enthaltung 2

Der Antrag ist angenommen.

TOP 4 Berichte

4.1 Bericht des BuVos (ergänzt durch einen Bericht von einem Verbandsseminar, ausgerichtet von CampusGrün Hamburg)

Christina Markfort (BAGLS, BuVo) und Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) stellen die Arbeit des BuVo des laufenden Jahres vor.

Seit den letzten BuVo-Wahlen habe es 5 Klausurtagungen und 45 wöchentliche Online-Meetings gegeben. Im Dezember wurden Gebühren für den Aufnahmetest zum Medizinstudium in Hamburg eingeführt, gegen diese habe man sich öffentlich gestellt. Sie geben einen Überblick über die Aktivitäten gegliedert nach Monaten:

Januar

• Kündigung der Geschäftsführerin

• Ausschreibung der Stelle einer neuen Geschäftsführerin

• Reguläre Klausurtagung zum Aufstellen des jährlichen Plans

• Kennenlerntreffen mit fzs, Austausch vor allem zum Thema BAföG

• Autor*innenpapier zum Thema Bildungsgerechtigkeit mit Akteur*innen der BAG WHT zum Wahlprogramm

Februar

• Treffen mit Grüner Jugend, gemeinsame Änderungsanträge und strategische Zusammenarbeit bezüglich des Bundestagswahlprogramms

• Austausch mit Matthi Bolte, wissenschaftspolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion in NRW

• Treffen mit Landesgruppen

• Strategietreffen zu Kooperation mit Landesverbänden

März

• Vorstellungsgespräche mit Bewerber*innen für Stelle der organisatorischen Geschäftsführung

• Schreibgruppe der BAG zu feministischer Wissenschaftspolitik

• Sitzung der BAG WHT zum Wahlprogramm

• Klausurtagung des BuVo: Thema vor allem Wahlprogramm und Änderungsanträge

• Austausch mit Kai Gehring zum Thema BAföG

• Stellen und Vorbereiten der BMBF-Anträge

• Austausch mit Landesverband Baden-Württemberg

April

• Änderungsanträge zum Wahlprogramm von Bündnis90/Die Grünen, alle leicht abgeändert übernommen

• Landestreffen Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hessen

• Statement für gendergerechte Sprache

• Teilnahme an DSW-Studierendenratssitzung

Mai

• 43. BMV

• Nachwahl von Julian Kappel in Campusgrün-Bundesvorstand

• Launch der neuen Website

- Landestreffen
- Stellungnahme zu Polizeigewalt an der Uni
- Stellungnahme TVStud

Juni

- Klausurtagung von Vorstand und BGS
- Insta-Live mit Tessa Ganser
- Austausch mit CG Münster zur geplanten Auflösung der SHK-Vertretung
- Teilnahme an DSW-Studierendenratssitzung

Juli

- Qualitätsverbesserung Website
- Weiterentwicklung des Strategieprozesses
- Diskussion des öffentlichen Auftretens

August

- Sommerpause
- Evaluation des Bundestagswahlkampfs
- Interview mit Euronews
- Besuch der fzs-MV und Vernetzung mit fzs

September

- Ökofeminismus-Seminar in Hamburg
- Klausurtagung des Bundesvorstands
- Veröffentlichung der Post-Reihe „Studierende in der Pandemie“

- Podiumsdiskussion in Heidelberg mit u.a. Sarah Heinrich
- Podiumsdiskussion in Kassel mit Angela Dorn
- Analyse der Bundestagswahlergebnisse

Oktober

- Austauschtreffen mit Jusos und fzs
- FINTA*-Vernetzungstreffen mit Miriam Block
- Konzipierung neuer Merchandise-Artikel
- Austausch mit Netzwerk n
- Teilnahme am Bundeskongress der Grünen Jugend
- Ausarbeitung der Satzungsnovelle

November

- Finanzverhandlung mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen
- Kuratoriumssitzung des DSW
- BAföG AG-Sitzung DSW
- Vorbereitung der BMV
- Interessiertentreffen

Dezember

- BMV

Christina stellt außerdem die Seminare vor, die stattgefunden haben und stattfinden sollen.

BMBF-Seminare für Förderperiode 2021/2022

- Stundentenverbindungen

• Broccoli und Ritalin: Zusammenhang von Leistungsdruck und Drogenkonsum

• Antifeminismus an Hochschulen

• Campusgrün by Campusgrün

Bericht von Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) über das Seminar zu Ökofeminismus in Hamburg.

Nachfrage an BuVo zu Details über Zusammenarbeit mit TVStud: „Gibt es Anträge/Beschlüsse?“

Ergänzung durch den BuVo: Anträge dazu gibt es nicht, eine Stellungnahme gibt es auf der Website, eine Zusammenarbeit mit TVStud-Gruppen an den einzelnen Unis werden unterstützt und Anträge für die nächste BMV sind herzlich willkommen.

Nachfrage von Alexander Kolarczyk (CG Freiburg) an Nadia: „Gibt es Materialien vom Seminar?“

Nadia: „Ja, es gibt Infomaterial. Das Material kann auch bei Campusgrün auf die Website hochgeladen werden.“

Özlem Gündogdu (BGS): „Das ist schon online.“

4.2. Finanzbericht durch Emily Kraft (c:g köln, Schatzmeister*in im BuVo)

Die vorgestellten Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 04.12.2021. Der Finanzbericht findet sich im Anhang.

Die Differenz bei der Förderung durch das BMBF liege daran, dass weniger Seminare durchgeführt werden konnten als geplant und beantragt. Der Hauptgrund dafür liegt in der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Schwierigkeiten, Präsenzveranstaltungen durchzuführen. So habe auch die geplante Summer School leider nicht stattfinden können.

Die Bundesmitgliederversammlungen seien dadurch auch wesentlich günstiger geworden als veranschlagt. Für zwei BMVen waren 5.000€ veranschlagt. Jede der zwei BMVen hat jeweils nur knapp über 800€ gekostet. Fahrtkostenerstattung, Verpflegung etc. seien bei der Veranstaltung online bzw. hybrid als Kostenpunkt weggefallen.

1.572€ sind im Geschäftsjahr 2021 mehr eingenommen als ausgegeben worden.

Ein Bericht der Rechnungsprüfer*innen liegt bisher noch nicht vor.

Entlastung des Bundesvorstandes

Ken Alan Berkpinar(GHG Bonn) beantragt die Entlastung des Bundesvorstands und dankt für die Arbeit.

Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) erfragt, ob mit der Entlastung auch beschlossen werden kann, dass sich um die 5 €, die nicht nachvollzogen werden könnten, gekümmert werde und fragt, wie man alternativ beschließen könne, dass sich um die 5€ noch gekümmert werde.

Özlem Gündogdu (BGS) ergänzt, dass durch die Übertragung der Vollmacht kein Zugriff auf die alten Kontoauszüge möglich sei, aber angenommen werde, dass die Differenz zwischen den Aufzeichnungen über die Ausgaben und dem Kontostand bestehe. Sie weist darauf hin, dass auch die Finanzprüfer*innen die Aufgabe hätten, die Abrechnungen noch einmal zu prüfen und dass dabei eventuell auch aufgeklärt werden könne, wodurch die Differenz entstanden sei.

Auch eine Entlastung unter Vorbehalt wäre möglich.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) ergänzt, dass auch das Campusgrün Bildungswerk e.V. eine eigene Prüfung durchführe und diese noch ausstehe.

Özlem (BGS) ergänzt, dass die Kassenprüfung des Bildungswerk e.V. auch mit der Prüfung bereits begonnen habe, hier funktioniere die Kommunikation.

Abstimmungsergebnis:

Ja 18

Nein 0

Enthaltung 2

Der Bundesvorstand ist entlastet.

TOP 5 Haushalt

Emily Kraft (c:g köln, Schatzmeister*in im BuVo) stellt den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor. Dieser findet sich im Anhang dieses Protokolls.

Zukünftig sollten die einzelnen Positionen detaillierter aufgeschlüsselt werden.

Emmi erklärt, dass Emmi auch die Kosten fürs Bildungswerk vorstellen werde, da diese ab sofort auch an der Basis abgestimmt werden sollten und nicht nur unter Alumni.

Von der Partei Bündnis 90/Die Grünen habe man höhere Zuschüsse verhandeln können. Dennoch würde sich der Bundesvorstand noch mehr wünschen und es solle darum nachverhandelt werden.

Es gebe eine Erhöhung der Ehrenamtspauschale für den Bundesvorstand. Im letzten Jahr hätte die Pauschale nur für wenige Mitglieder geleistet werden können. In Zukunft sollten bei 7 Mitgliedern im Bundesvorstand 60 € im Monat statt bisher 50 € im Monat Pauschale möglich sein.

Es gebe eine neue Position für Softwarelizenzen sowie für die Verwaltungsberufsgenossenschaft. Die Verwaltungskosten für Notar, Vereinsregister u.Ä. seien erhöht worden. Das liege unter anderem daran, dass Campusgrün mit dem Bildungswerk zusammengeführt werden und einen eingetragenen Verein bilden solle.

Außerdem sei ein Posten geplant für die Entlohnung von Redner*innen oder besondere Leistungen im Bundesvorstand.

Vom BMBF seien 15.400 € zugesagt für die geplanten Seminare (s.o.). Teilnehmer*innengebühren seien auch geplant, ein Zuschuss durch CG werde erfolgen.

Für die BMVen seien 3.000 € pro Versammlung veranschlagt. Für neue Merchandise-Materialien seien 500 € geplant. Ein Zuschuss durch Bündnis 90/Die Grünen werde auch erfolgen, sodass die Materialien für die Mitglieder recht kostengünstig zur Verfügung gestellt werden sollen.

Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt nach, ob auch Hoodies als Teil der Merchandise-Produkte geplant sind.

Emmi antwortet, dass bisher keine Hoodies geplant seien, was auch dem Umstand geschuldet sei, dass die unterschiedlichen Hochschulgruppen unterschiedliche Logos haben. Sticker, Fahnen mit dem neuen Logo und weitere Produkte seien hingegen geplant.

Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) möchte wissen, ob für den Wahlkampf der SpoHo im Januar bereits Merchandise bereitgestellt werden könnte.

Emmi antwortet, dass nicht sicher gesagt werden könne, ob bis dahin Merchandise zur Verfügung stehe.

Clara Lindner (CG Münster) ergänzt, dass im Landesverband NRW auch gerne Materialien angefragt werden können, z.B. in Münster.

Abstimmungsergebnis – Haushalt:

Ja 21

Nein 0

Enthaltung 0

Der Vorschlag des BuVo für den Haushalt 2022 ist angenommen.

TOP 6 Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen

Die zwei Plätze umfassen einen offenen Platz und einen quotierten Platz.

Es liegt eine Bewerbung von Tobias Zorn (c:g köln) im Antragsgrün vor.

Tobias stellt sich vor: Er ist 22, bei c:g köln, hat für das Studierendenparlament und Vereine bereits Rechnungsprüfungen durchgeführt, weiß also, was auf ihn zukommt. Er möchte gleichzeitig dazu motivieren, dass andere Personen sich aufstellen lassen, damit man das gemeinsam machen könne und man könne dann auch einen Glühwein gemeinsam trinken (Anspielung auf das seiner Bewerbung beigefügte Foto, auf dem er Glühwein oder Punsch auf einem Weihnachtsmarkt trinkt).

Özlem Gündogdu (BGS) ergänzt zur Kassenprüfung, dass aktuell die Prüfung online geplant sei, wenn es für die Prüfenden nicht möglich wäre, anzureisen. Die Prüfung würde schon länger als 30 min dauern, Özlem hätte aber dann schon vorgeprüft, es gäbe also kein komplettes Chaos.

Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo) übernimmt kurzzeitig die Sitzungsleitung von Clara Lindner (CG Münster).

Clara Lindner(CG Münster) kandidiert spontan für den quotierten Platz. Sie sagt, sie habe nicht so viel Erfahrung, vertraue auf Tobias, sei aber sehr gut darin, ihre Physik- und Mathezettel regelmäßig abzugeben, könne gut rechnen und kopfrechnen und hätte Lust, sich mit den Rechnungen von Campusgrün zu beschäftigen.

Wahlergebnis Clara:

Ja 21

Nein 0

Enthaltung 0

Wahlergebnis Tobias:

Ja 21

Nein 0

Enthaltung 0

Clara und Tobias sind zu Rechnungsprüfer*innen gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

Clara Lindner löst Sophie Eltzner wieder in der Sitzungsleitung ab.

TOP 7 Arbeitsprogramm BuVo

Christina Markfort (BAGLS, BuVo) bewirbt den Antrag zur Verbandsentwicklung, weil starke Strukturen geschaffen werden müssten. Der BuVo brauche einen besseren Überblick über die Gruppen und Landesstrukturen. Grobe Leitlinien seien ausgearbeitet worden, die eine stärkere Vernetzung unterstützen und gemeinsame richtungsgebende Positionen stärken würden. Gleichzeitig solle die Kommunikation zwischen BuVo und einzelnen Gruppen gestärkt und der Gestaltungsspielraum der Hochschulgruppen erweitert werden. Ökologische Entwicklung und Digitalisierung seien wichtig.

Nachfrage aus dem Plenum: Aus dem Bewerben, dass es ein Arbeitsprogramm geben solle, höre man noch keine konkreten Inhalte.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) antwortet, dass u.a. das Gründen eines Teams zur Bildungsarbeit, Materialbereitstellung. Beauftragung des neuen BuVo, am Design zu arbeiten, Elemente des Programms sein sollen.

Elias Pourmoin (c:g köln) stellt eine Nachfrage. Sie sagt, dass sie stört, dass die Beauftragten, die für die Kommunikation zwischen Hochschulgruppen und BuVo verantwortlich sein sollen, „von oben“ ernannt werden sollten. Ihr wäre eine basisdemokratische Lösung lieber, bei der die Ortsverbände beauftragte Menschen

wählen.

Christina Markfort (BAGLS, BuVo) erklärt, dass es nicht darum gehe, den Landesverbänden Menschen vorzusetzen, die über Leitlinien entscheiden. Es sei allerdings für den BuVo nicht möglich, sich mit allen Landesverbänden auseinanderzusetzen, deren Gründung zu initiieren und Entwicklung zu begleiten. Die Beauftragen seien eher als Hilfestellung und Unterstützung gedacht. Die Beauftragten können dabei sehr gerne aus den entsprechenden Bundesländern kommen.

Emily Kraft (c:g köln, BuVo) ergänzt, dass die Hauptaufgabe sein soll, die Landesmitgliederversammlungen zu organisieren, bei denen die Landesgruppen dann selbstverständlich selbstständig einen Vorstand wählen könnten.

Valentin Deuster (c:g köln) fragt, ob es möglich sei, sich kritisch zu äußern oder ob aktuell nur Fragen gestattet seien.

Das Präsidium erwidert, dass eine Debatte gerne folgen kann, aber Fragen zuerst geklärt werden sollten.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Valentin Deuster (c:g köln) erklärt, dass er es kritisch sehe, als Reaktion auf den Koalitionsvertrag näher an die Partei Bündnis 90/Die Grünen zu rücken. Er gibt zu bedenken, dass dies bestimmte Signale sende.

Svenja Horn (CG Hamburg) merkt an, dass sich durchaus eine Menge ändere, was weitgehende Implikationen hätte. Es gäbe eine Annäherung an die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Es bräuchte eine Kampagne, die verdeutliche, dass gerade die Kritik an der Partei wichtig sei und kommuniziert werden solle, dass aus dieser Kritik heraus die Umstrukturierung stattfinde. Sie fragt, ob man wirklich handlungsstärker sei, wenn man sich der Partei weiter angliedern würde. „Hätten wir als Verein nicht bessere Möglichkeiten?“

Linus (CG Münster) hält es für sehr sinnvoll, dass es ein Arbeitsprogramm gibt. Er möchte zur Debatte ob grünennah oder nicht hinzufügen, dass wir uns als grünennah definieren, dass es aber auch unsere Aufgabe sei, kritisch zu sein. Die Neustrukturierung sei eine Chance, sich inhaltlich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen und eine lautere Stimme zu bekommen.

Lene Greve (CG Hamburg) hat eine Anmerkung in dieselbe Richtung. Sie hat den Eindruck, dass viele nicht mehr dabei seien, die eine sehr kritische Einstellung gegenüber der Partei hätten und dass die Unabhängigkeit wichtig sei. Sie wisse

nicht, wie man mit den Arbeitsgruppen verfahren solle. Es sei erst recht Zeit, sich stärker einzubringen. Man könne es aber auch anders verstehen: „Jetzt, wo die Grünen Teil der Regierung sind, wollen wir mitsprechen und Einfluss nehmen.“ In Hamburg habe es große Kritik gegeben, dass Regieren unter der Vorbedingung, der NATO zuzustimmen, überhaupt vertretbar sei. Es solle zuerst diskutiert und offengelegt werden, wie die Mitglieder dazu stehen würden. Sollte als Verband nicht basisdemokratisch darüber entschieden werden?

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erwidert, dass bei Kritik jederzeit Änderungsanträge hätten gestellt werden können. Es gebe jedoch keine Änderungsanträge. Er stellt klar: „Wir wollen uns kritisch gegenüber den Grünen einbringen.“ Die BMV sei lange angekündigt, es sei nicht fair, jetzt vorgeworfen zu bekommen, dass eine Debatte nicht gewünscht und möglich sei. Das Programm habe lange zur Verfügung gestanden und wenn es Kritikpunkte gäbe, hätten Änderungsanträge gestellt werden müssen. Ziel des Arbeitsprogramms sei es auch, die Position der Hochschulgruppen zu stärken und klarzumachen, dass es sich um DIE grüne Hochschulgruppe handle. Eine bekannte Problematik gebe es zum Beispiel bei campus:grün köln, wo es eine starke Fakeliste gebe. Hier müsste die „richtige“ grüne Hochschulgruppe gestärkt werden. Auch dazu müsse eine Debatte weitergeführt werden, dazu gebe es noch nicht viele Ansätze. Er ergänzt, dass es keinen Sinn ergebe, über einzelne Formulierungen zu streiten, solange keine Änderungsanträge vorliegen. Dies sei nicht zielführend. Er findet es nicht schön, dass jetzt so getan werde, als hätte der BuVo den Vorschlag nicht fristgerecht eingereicht.

Svenja Horn (CG Hamburg) bekennt, dass ihr nicht klar geworden sei, welche Vorteile die Rechtsform des Vereins mit sich bringe. Das sei nicht als Affront oder Angriff gegen den BuVo gemeint, sondern der Wunsch, diese Änderungen zu erörtern.

Der BuVo merkt an, dass im nächsten TOP über die strukturbezogenen Änderungen gesprochen werden soll.

Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) merkt an, dass die Struktur bereits im ersten Absatz des Arbeitsprogramms festgehalten sei und es darum keinen Sinn ergebe, erst im nächsten TOP darüber zu sprechen, wenn es jetzt bereits beschlossen werden solle. Er ergänzt, dass er es durchaus als sinnvoll erachte, jetzt über Svenjas Frage zu sprechen, damit geklärt wäre, ob auch das Arbeitsprogramm Sinn ergebe.

Elias Pourmoin (c:g köln) möchte auf einen Beitrag von vorhin eingehen, in dem eine Person sich auf das Wahlergebnis in Köln bezogen habe. Es möchte ergänzen, dass sie es nicht als gutes Ziel ansehen, näher an die Partei zu rücken und die Unabhängigkeit aufzugeben um eine gefühlte Sicherheit zu erlangen, gegen

Fakelisten geschützt zu sein. Dass man nicht mit den Grünen sofort assoziiert würde, sei nicht das Hauptproblem im Umgang mit Fake-Listen. Es gebe tiefergehende Probleme. Auch mit Bündnis 90/Die Grünen hätte die Fake-Liste Probleme gehabt.

Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) möchte als gewählter Landesvorstand von Baden-Württemberg erwähnen, dass die Landesverbände und -strukturen sich weiter einbringen sollen. In BW sei aber aktuell das Problem, dass nicht genug Kapazitäten vorhanden seien. Er entschuldigt sich dafür, dass zeitlich nicht die Kapazitäten vorhanden gewesen seien, sich im Vorfeld inhaltlich mit dem Arbeitsprogramm auseinanderzusetzen.

7.1. Änderungsantrag

Eingebracht und erklärt durch Lene Greve (CG Hamburg)

Es handle sich um einen Präzisierungsantrag. Seien konträre Positionen vorhanden, solle dies vorgebracht werden. Man könne ja näher definieren, wie man diese Grundsätze verstehe. Eine Spezifizierung fände sie schön. Soziale Spaltung sei nicht gewünscht und gerade hier müsse man sich als Campusgrün positionieren und es müsse an einem sozialen Wandel gearbeitet werden.

Der BuVo übernimmt den Änderungsantrag und ergänzt eine weitere Formulierung.

Erklärung durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Er entschuldigt sich, dass er zuvor so deutlich und emotional geworden sei. Der Änderungsantrag von Lene werde übernommen.

Emily Kraft (c:g Köln, BuVo) möchte die Formulierung nochmal erläutern. Emmi selbst sei nicht der größte Fan der Grünen, halte es dennoch immer noch für eine gute Entscheidung und findet den Punkt dennoch wichtig. Denn aktuell könnten die Grünen mit Campusgrün tun, was sie wollten. Wenn Campusgrün sich allerdings gegen die Partei stellen würde, hätte diese die Möglichkeit, neue Strukturen zu schaffen, die Menschen enthalten würden, die ihnen gegenüber weniger kritisch seien. Genau das solle verhindert werden. Emmi plädiert dafür, weiterhin kritisch zu bleiben, aber sich dabei abzusichern, damit der Verband nicht abgeschafft werden könne. Emmi betont, dass auch Emmi als „eher Anti-Grüne, vielleicht nicht direkt anti, aber doch sehr kritisch“ die Formulierung wichtig finde. Emmi verdeutlicht auch, dass im Text die Formulierung laute „die einzige grüne“, nicht „die den Grünen entsprechende Gruppierung“. Es ginge nicht um einen Beitritt der Partei, sondern eine Absicherung.

Es erfolgt eine redaktionelle Änderung nach Hinweis von Tobias Zorn (c:g köln),

da die Erwähnung des Vereins auch an einer weiteren Stelle erfolgt ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17

Nein 1

Enthaltung 2

Das Arbeitsprogramm ist inklusive des Änderungsantrags angenommen.

_

- Mittagspause bis 14:08 Uhr -

Das Präsidium begrüßt die Delegierten und Gäste nach der Mittagspause zurück. Die Sitzungsleitung übernehmen wieder Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo) und Jakob Belle (BAGLS).

Es folgt ein Grußwort von Lone Grotheer aus dem Vorstand des freien zusammenschlusses von student*innenschaften.

TOP 8 Antrag Verbandsentwicklung

Vorstellung des Antrags durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo):

„Zusammenfassend geht es darum, dass Campusgrün bisher einen Trägerverein hat. Die Bildungsarbeit ist bisher vom BuVo unabhängig organisiert worden. Das Bildungswerk ist inzwischen vor allem dafür da, Mitarbeitende zu bezahlen und das Geld von Bündnis 90/Die Grünen anzunehmen. Es geht bei dem Antrag nicht um die Abschaffung von Strukturen, sondern um das Zusammenlegen beider Strukturen. Außerdem ist es so nicht mehr möglich, dass der Trägerverein und dessen Mitglieder, u.a. Alumni, noch Macht über den Verband hat/haben. Wenn die Versammlung dem Antrag zustimmt, bedeutet das auch, dass das Bildungswerk in Zukunft vier Mitglieder aus dem Campusgrün-Bundesvorstand in das Bildungswerk mit aufnehmen muss.“

Der Antrag wird angenommen.

TOP 9 Satzungs- und ordnungsändernde Anträge

Anmerkung: Die noch vorliegenden Änderungsanträge sind schon übernommen und Teil des Antrags des BuVo.

9.1. Anträge auf Änderung der Satzung

9.1.1. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Präambel

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) stellt die Anträge vor.

Dieser Antrag würde keine weiteren politischen Änderungen beinhalten.

Elias Pourmoin (c:g köln) fragt sich, warum in der geänderten Fassung nicht mehr „schließen sich eine Mitgliedschaft von Burschenschaften und Studentenverbindungen sowie Campusgrün aus“ stehe. Sei die neuere Formulierung nicht enger? Sei sie darum nicht begrenzt auf einen kleineren Kreis?

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass Studentenverbindungen der Überbegriff sei und dadurch keine engere Definition sondern nur eine Verschlankung der alten Formulierung.

Alexander Kolarczyk (CG Freiburg) fragt, warum die Gewaltfreiheit nicht mehr in der Präambel enthalten sei.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erklärt, dass die Formulierung der friedlichen Weltgesellschaft vorangestellt sei und damit klargemacht werde, dass die Friedfertigkeit sich nicht nur auf Deutschland, sondern die ganze Welt beziehe und eine explizite Nennung im Folgenden damit obsolet sei.

Lene Greve (CG Hamburg) empfindet den Einwand von Alexander als ungerechtfertigt. Frieden sei eine größere und umfassendere Formulierung.

Elias Pourmoin (c:g köln) merkt an, dass es irritiere, dass die Formulierung „handelt jedoch unabhängig“ nicht übernommen wurde. Elias fragt, warum diese Entscheidung so gefallen sei.

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erwidert, dass der Satz von der Formulierung her seltsam klinge und gar nicht so viel inhaltlich hergebe. Die Unabhängigkeit ergebe sich aus der Satzung und der Formulierung „gegenüber der Partei“ sowie aus dem Selbstverständnis.

Lars Pieper (c:g spoho köln) fragt, ob, wenn der Halbsatz keine große Änderung bedeute, der Halbsatz nicht genau so gut übernommen werden könne.

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erwidert, dass gegen die Übernahme spreche, dass ein Normentext möglichst wenig Redundanz enthalten solle. Sei es dennoch gewünscht, den Halbsatz zu übernehmen, solle ein Änderungsantrag gestellt werden.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) erwidert, dass für sie jeder Text auch ein politischer Text sei und spricht sich dafür aus, dass ein Änderungsantrag eingereicht werde, der die Übernahme des Halbsatzes vorsehe.

Alexander Kolarczyk (CG Freiburg) befürwortet auch, dass die bisherige Formulierung übernommen werden soll. Er sei zwar dafür, dass es möglichst keine Wiederholungen geben solle, weist aber darauf hin, dass der Unterschied zwischen „in der Partei“ und „gegenüber der Partei“ sehr schnell überlesen werde und der Halbsatz eine etwas offensichtlichere Position darstelle.

Lene Greve (CG Hamburg) schlägt für einen Änderungsantrag eine etwas andere Formulierung vor. Denn er sei inhaltlich falsch. Man wolle ja durchaus inhaltlich mitsprechen und mitgestalten. Stattdessen solle geschrieben werden „Campusgrün vertritt die Positionen eigenständig gegenüber […] und der Öffentlichkeit“. Unabhängigkeit sei auch deshalb falsch, weil man auch finanziell von den Grünen abhängig wäre.

- fünfminütige Pause zum Formulieren eines Änderungsantrags -

Lene Greves (CG Hamburg) Änderungsantrag wird zurückgezogen. Der Änderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft Änderungsantrag wird vom BuVo übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 20

Nein 0

Enthaltung 0

Die Änderung der Präambel ist angenommen.

9.1.2. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Verband

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt „Die Bund-Länder-Struktur wurde geändert. Bestimmte Muss/Soll-Formulierungen wurden gestrichen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 19

Nein 0

Enthaltung 2

Die Änderung des Abschnitts zum Verband ist angenommen.

9.1.3. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Mitgliedsgruppen

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo): Hier werde es inhaltlich wichtiger. Es gehe unter anderem bei den Änderungen darum, wie Mitgliedsgruppen ausgeschlossen werden können. Aktuell seien alle Mitgliedsgruppen im Landesverband automatisch Mitglied im Bundesverband. Das bedeute auch, dass bei Ausschluss aus dem Landesverband auch der Ausschluss aus dem Bundesverband erfolge. Das solle geändert werden. Abgesehen davon gebe es keine weiteren inhaltlichen Punkte.

Elias Pourmoin (c:g köln) fragt, ob der ehemalige § 5 Abs. 6 komplett gestrichen werde. Die Arbeit zwischen Landes- und Bundesverband solle vereinfacht werden. Sie verstehe nicht, warum der Paragraf komplett gestrichen werden soll.

Der BuVo weist darauf hin, dass die Regelung der Zusammenarbeit in einer Satzung nicht qualitativ, sondern nur formal geklärt werden könne. Die Qualität der Zusammenarbeit sei vielmehr über den jeweiligen BuVo zu gestalten. Dazu brauche es keinen Paragraphen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 19

Nein 0

Enthaltung 1

Der Antrag auf Änderung des Abschnitts zu Mitgliedsgruppen ist angenommen.

9.1.4. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Mitgliederversammlung

Der Begriff der „Frauenversammlung“ wird durch den Begriff der „FINTA*-Versammlung“ ersetzt. Quotierungen konnten bisher durch Frauenversammlungen aufgehoben werden. Diese Möglichkeit gebe es in Zukunft durch das FINTA*-Plenum

nicht mehr.

Alexander Kolarczyk (CG Freiburg): In § 9 Abs. 3 würden Mitglieder von Studentenverbindungen ausgeschlossen. Er merkt an, dass der Ausschluss bereits an anderer Stelle vermerkt sei und hier eine nicht gewünschte Redundanz erfolge.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Für den Fall von Delegationen solle explizit erwähnt werden, dass auch Ortsgruppen keine Delegierten nominieren können, die bisher in der Ortsgruppe kein Mitglied waren, aber in einer Verbindung seien.

Elias Pourmoin (c:g köln) möchte auf eine Kleinigkeit hinweisen. In § 14 würde ein Genderstern fehlen. Inhaltlich sei in § 14 Abs. 3 in der Antragsgrünform etwas Anderes als in der Neufassung zu finden und Elias fragt, warum der Unterschied gemacht werde.

Emily Kraft (c:g köln, BuVo) begründet die Änderung damit, dass die FINTA*-Versammlung bereits bestehe und eine Vertagung initiieren könne. Emmi persönlich fände es immer wieder schwierig, gegen eine Wand von cis Männern anzureden. In solchen Situationen sei es dann mit der neuen Fassung möglich, den cis Männern klarzumachen, dass alle FINTA*-Personen eine andere Meinung vertreten. Solle darüber hinaus eine FINTA*-Versammlung einberufen werden, wäre dies weiterhin möglich.

Kai Oswald (GAHG Karlsruhe) § 11 Abs. 5 würde gelöscht. Was sei der Grund dafür?

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass die Norm in den Absatz Landesverbände gerutscht sei, wo sie eher hingehöre. Die Auflistung würde an dieser Stelle zu lange. Die Norm gebe es weiterhin, sie stehe nun nur an anderer Stelle.

Emily Kraft (c:g köln, BuVo) stellt einen Änderungsantrag: § 9 Abs. 2 beschäftigt sich damit, ab wann eine Gruppe stimmberechtigt ist. Emmi ist enttäuscht darüber, dass gerade auf dieser Versammlung wieder das gefühlte Verhältnis von cis Männern zu FINTA*-Personen 3:1 sei und dass Emmi keine andere Möglichkeit mehr sehe, das zu ändern. Die freiwillige Quotierung innerhalb der Ortsverbände scheine nicht zu reichen. Gerade als „Neuling“ sei es schwer, in die bundesweite Vernetzung zu gehen und sich nicht von den cis Männern einschüchtern zu lassen, die ja bereits „alles wüssten“ und sich auskennen würden. Es brauche mehr Empowerment, um FINTA*-Menschen zu signalisieren, dass sie geschätzt und gebraucht würden und auf jeder BMV gewünscht und willkommen seien.

Lene Greve (CG Hamburg): „Mehr Rechte für gesellschaftlich benachteiligte

Gruppen“ sei keine angemessene Formulierung. Stattdessen sollten alle diese Rechte genießen. Sie verbinde das Bild von cis Männern, die um sich herum nichts wahrnehmen würden, nicht mit einer Campusgrün-BMV, sondern mit einem Naziaufmarsch. Sie spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, weil sie die Gefahr sieht, dass bei Geschlechterrepression die politische Diversität verloren gehe. Sie sehe einen Grund für das Ungleichgewicht aktuell in der Online-Version der BMV.

GO-Antrag von Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo): Sie beantragt eine FINTA*-Breakout-Session, um den sehr spontan gestellten Antrag in einer FINTA*-Versammlung beraten zu können.

- FINTA-Versammlung -*

Die FINTA*-Versammlung tagt nicht öffentlich und wird daher nicht protokolliert.

Fortführung der BMV nach Unterbrechung durch das FINTA*-Plenum und die angeschlossene Abendpause um 19:36 Uhr

Vorstellung der FINTA*-Beschlussempfehlung, die Emily Krafts Antrag unterstützt.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Ja 8

Nein 3

Enthaltung 3

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Abstimmungsergebnis Abschnitt Mitgliederversammlung inkl. Änderungsantrag:

Ja 11

Nein 2

Enthaltung 2

Der Antrag ist angenommen.

Ü9.1.5. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Bundesvorstand, Schiedsgericht und Bundesvorstand,

Schiedsgericht, Datenschutzbeauftragte*r

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo): Es werde hiervon die Wahl des Bundesvorstands betroffen. Die Regelung der Amtszeitbegrenzung könne nicht mehr von der Mitgliederversammlung aufgehoben werden. Eine Person könne nun insgesamt vier Mal in den BuVo gewählt werden, davon zwei Mal ins selbe Amt. Auch sei die Wahl eines zusätzlichen Mitglieds möglich. Dadurch werde der BuVo immer überquotiert sein.

In Bezug auf das Schiedsgericht falle zukünftig die Position der*s Vorsitzenden weg. Das baue Hierarchien ab. Das Schiedsgericht solle zukünftig selbst eine hauptverantwortliche Person bestimmen. Interne Abstimmung sei basisdemokratischer.

Kai Oswald (GAHG Karlsruhe) fragt zu § 20 Abs. 1, wann der BuVo in die Situation komme, darüber zu entscheiden ob er beschlussfähig sei.

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass der BuVo auch im Voraus entscheiden könne, dass zum Beispiel beim nächsten Treffen die Beschlussfähigkeit auch bei weniger Anwesenden gegeben sein würde, falls es für einzelne oder mehrere Personen terminlich schwierig sein sollte, teilzunehmen, sodass Beschlüsse dennoch gefasst werden könnten.

Lorenz Starkloff (c:g spoho köln): Ihm sei es bei dem Änderungsantrag zu schnell gegangen und er hätte Rückfragen zur FINTA*-Beschlussempfehlung.

Der BuVo erklärt, dass Lorenz sich gerne beim BuVo nach Ende der BMV melden könne, dass aber aus Zeit- und Tagesordnungsgründen nicht erneut über den Änderungsantrag debattiert werde.

Abstimmung über Antrag zur Satzungsänderung: Bundesvorstand, Schiedsgericht und Bundesvorstand, Schiedsgericht, Datenschutzbeauftragte*r:

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Nein 0

Enthaltung 1

Der Antrag ist angenommen.

9.1.6. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Finanzen

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo): Hier gebe es fast nur kosmetische Änderungen. Die einzige inhaltliche Änderung bestehe darin, dass bei Auflösen des Bundesverbands das Geld nicht an Bündnis 90/Die Grünen, sondern die Grüne Jugend gehen würde.

Ein Änderungsantrag wird von den Antragsstellenden übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Nein 1

Enthaltung 1

Der Antrag auf Änderung der Satzung im Abschnitt Finanzen ist angenommen.

9.1.7. Antrag auf Änderung der Satzung als Ganzes

Abstimmungsergebnis:

Ja 11

Nein 1

Enthaltung 3

Der Antrag ist angenommen.

9.2. Änderung von Ordnungen

9.2.1. Änderung der Schiedsgerichtsordnung

Die satzungsbezogene Änderung der Hierarchie in fünf reguläre Mitglieder sei übernommen worden. Außerdem sei das Quorum auf eine ¾-Mehrheit gesetzt worden. Zudem müsse nun jede Abwahl mit einer Neuwahl verbunden sein, sodass eine Abwahl immer konstruktiv sei. Außerdem seien kleine kosmetische Änderungen vorgenommen worden wie schon bei der Satzung. Bei § 10 werde geregelt, wie sich das Schiedsgericht nach abgeänderter Ordnung verhalte. Die interne Organisation nach § 4 sei außerdem geändert worden: Es gebe nun eine organisatorisch verantwortliche Person, die allerdings hierarchisch nicht höher gestellt sei.

Kai Oswald (GAHG Karlsruhe): Seine formale Frage beziehe sich auf einen Änderungsantrag, der gestellt und wieder zurückgezogen worden sei. Er möchte wissen, was es damit auf sich habe.

Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass noch ein oder zwei Änderungen eingepflegt werden mussten, die vom Bundesschiedsgericht selbst stammten. Dabei ging es um die konstruktive Abwahl und § 10. Die Änderungsanträge, wie oben ausgeführt, seien von den Antragsstellenden bereits übernommen worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12

Nein 0

Enthaltung 2

Der Antrag ist angenommen.

TOP 10 Anträge

10.1 Antrag des Landesverbands Baden-Württemberg

GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung:

Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt, ob der Antrag morgen behandelt werden könne. Er sei ziemlich erschöpft.

Er formuliert darum einen Antrag auf Änderung der Tagesordnung, sodass dieser Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen behandelt werden soll.

Es gibt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung mit dem Antrag. Dieser wird zurückgezogen.

Es gibt keine Gegenrede. Der Antrag wird darum vertragt bis nach der Befassung mit den Dringlichkeitsanträgen.

10.2 Dringlichkeitsanträge

10.2.1 Antrag D1

Lene Greve (CG Hamburg) erzählt, dass sie sehr viele brasilianische Studierende

bei sich an der Uni habe und sie sich in diesem Zuge gefragt habe, was sich von Deutschland aus gegen Bolsonaro und die Umstände in Brasilien machen lasse. Campusgrün habe sich bis heute nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus entscheiden können. Die aktuelle Lage zeige, dass ein sozialeres Gesellschaftssystem nötig sei. Früher sei es als Grüne*r noch Usus gewesen, sich gegen Freihandelsabkommen zu positionieren. Das gelte nun nicht mehr als modern. Lene findet das schade. Öko- und Arbeitsschutzstandards würden Freihandelsabkommen jedoch nicht besser machen. Ihre Forderung lautet darum, sich gegen Green Washing zu positionieren, aus dem kolonialen Entwicklungshilfegestus herauszukommen, die weitere Öffnung der Märkte für Unternehmen und deren Dominanz zu verhindern und zivilgesellschaftliche Bewegungen stärker zu unterstützen.

Svenja Horn (CG Hamburg) bemängelt, dass es zu wenige internationale Partnerschaften gebe und ruft dazu auf, mehr davon zu etablieren. Sie interessiert sich dafür, wie das an anderen Hochschulen aussehe und möchte sich darum mit anderen Hochschulgruppen austauschen.

Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo) erklärt, dass internationale Vernetzung sowohl international als auch interkontinental bestehe, vor allem auf Ebene der Grünen Jugend. Bei grünen Hochschulgruppen gebe es das zwar noch nicht, der aktuelle BuVo habe allerdings Kontakt zu Schweden und strebe ein Treffen, einen Austausch und Vernetzung an. Sie findet die Erweiterung des akademischen Horizonts wichtig und spricht sich darum auch für den Austausch mit Hochschulgruppen aus anderen Ländern aus.

Lene Grever (CG Hamburg) stellt fest, dass Kandidierende für den nächsten BuVo anwesend seien und fragt diese, ob auch in dieser Hinsicht Ambitionen vorhanden seien und eine klare Position gegen die neoliberalistischen und kolonialistischen Gewohnheiten, die man auch in Bezug auf Impfstoff erkennen könne, zu erwarten wäre. Sie wünscht sich eine Positionierung und eine Initiative, auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen zu reagieren und einzuwirken.

Emily Kraft (c:g köln, BuVo) erklärt, dass Emmi sich noch nicht intensiv mit dem Freihandelsankommen beschäftigt habe und darum vermutlich keine ausreichende Antwort geben könne. Emmi hätte generell aber auf jeden Fall Interesse, sich international zu vernetzen. Emmi werde sich im Nachgang der BMV gerne noch mit der Thematik befassen und möchte als zukünftige*r Sprecher*in, wenn Emmi gewählt würde, selbstverständlich auch die Position von Campusgrün nach außen tragen. Emmi erinnert, dass der Antrag von CG Hamburg recht kurzfristig eingereicht worden sei.

Lars Pieper (c:g spoho köln) schließt sich seiner Vorrednerin [sic!] an, er kann darauf verweisen, wie man sich positioniert und engagiert hätte. Er sei gegen

jegliche Exzellenzinitiativen, gegen Exzellenzunis. Die Ausrichtung gegen Sanktionen gegen Kuba sei unterstützenswert.

Linus Mach (CG Münster) möchte sich ebenfalls Emmi anschließen. Er versteht den hochschulpolitischen Hintergrund und findet es absolut wichtig, dass man sich dazu positioniere. Er sehe das Freihandelsabkommen zwar durchaus kritisch, würde den Antrag dennoch ablehnen, weil er zu wenig hochschulpolitischen Bezug habe. Zwar seien auch wichtige Fragen und Anregungen geäußert worden, jedoch sei er sehr allgemein gehalten und darum sei es schwierig, darin Substanz zu erkennen.

Lene Greve (CG Hamburg) schlägt vor, den Antrag auf die nächste BMV zu vertagen. Sie teilt die Meinung von Linus nicht, dass der Antrag zu allgemein gehalten sei. Er sei durch Quellen gestützt und beziehe sich auf konkrete Problematiken. Sie ruft dazu auf, sich die Quellen anzusehen und sich mit der Thematik zu befassen.

Lene Greve (CG Hamburg) stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunkts auf die nächste BMV.

Es gibt keine Gegenrede. Damit gilt der GO-Antrag als angenommen.

10.2.2 Antrag zum Vorgehen bei Wahlen

Der BuVo erklärt die Wahlgänge für den morgigen Tag und das Verfahren der Wahlen nach der BMV. Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) schlägt vor, dass die Online-Wahlen zwar nicht wünschenswert seien, aber wegen der Pandemie keine Alternative bestünde. Auch aufgrund der Vorbehalte, die bei der vorletzten BMV geäußert wurden, sollen die Wahlen durch Briefwahl nach der aktuellen BMV bestätigt werden. Dazu solle an alle anwesenden Delegierten von der Bundesgeschäftsstelle die Wahlunterlagen geschickt werden. Ein Ergebnis aufgrund der Briefwahl solle nur bei einem Quorum von 50% Gültigkeit erlangen. Sollte das Quorum nicht erreicht werden, würde die Online-Wahl aufgrund der Coronaschutzverordnung als gültig erklärt werden.

Sollte ein online gewählter BuVo durch das Ergebnis der Briefwahl bei einem Quorum von über 50% bestätigt werden, wäre er rechtmäßig gewählt. Sollte er durch die Briefwahl nicht bestätigt werden, würde der ehemalige BuVo kommissarisch die Leitung des Verbands übernehmen und eine schnellstmögliche Neuwahl initiieren.

Über die vorgeschlagene Verfahrensweise wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Nein 1

Enthaltung 1

Der Verfahrensvorschlag ist damit angenommen.

Das Präsidium erklärt, dass zu Beginn der morgigen Sitzung ein GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung erfolgen werde, der das Vorziehen der Wahlen beinhalte.

- Unterbrechung der Sitzung bis zum nächsten Morgen -

Tag 3: 5.12.2021

Beginn der Sitzung: 09:20 Uhr

Clara Lindner und Julius Sommer übernehmen die Sitzungsleitung und begrüßen die Delegierten wieder zum letzten Tag der BMV.

Probewahl: Sofabeauftragte*r

Wahlergebnis:

Julius 6

Sophie 5

Clara 5

Jakob 1

Julius wurde im Zuge der Testwahl zum Sofabeauftragten gewählt.

GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung durch Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo)

Johannes Maurer möchte einen funktionalen BuVo und möchte, solange alle noch frisch sind, die Wahlen des BuVo darum vor die Debatte zu den inhaltlichen Anträgen ziehen.

Gegenrede: Lene Greve (CG Hamburg) spricht sich gegen die Änderung der Tagesordnung aus, weil sie der Meinung ist, dass viele Delegierte noch keinen

Eindruck von den Kandidierenden hätten bekommen können und es ihrer Meinung nach darum wichtig sei, dass man zuerst inhaltlich diskutiert, damit diese Delegierten z.B. erfahren können, wie die Kandidierenden zu Afghanistan o.Ä. stehen. Bisher hätte man sich nur mit Orga beschäftigt. Sie schlägt darum vor, bis 12 Uhr über die inhaltlichen Anträge zu diskutieren und danach die Wahlen zum BuVo durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12

Nein 6

Enthaltung 3

Die Änderung der Tagesordnung muss durch 2/3-Mehrheit beschlossen werden. Diese ist nicht erreicht. Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

10.2.3 Dringlichkeitsantrag D2

Vorgebracht durch Svenja Horn (CG Hamburg)

Svenja Horn (CG Hamburg) sieht durch den Koalitionsvertrag und die Nominierung von Annalena Baerbock zur Außenministerin einen Rückschritt in der Friedenspolitik und die Gefahr zukünftiger Kriege. Ihrer Meinung nach lösen militärische Konflikte keine Probleme. Sie verweist auf den Vortrag des Vorabends. Krieg zerstöre Infrastruktur und töte Menschen. Krieg sei nicht natürlich und nicht menschlich. Der Mensch sei an sich nicht egoistisch. Krieg widerspreche dem. Deutschland sei ein Land mit großem Interesse auf Ausweitung seiner Macht und würde darum Kriege führen. Svenja fordert eine Tagung zu 20 Jahren Afghanistan und eine Auswertung der deutschen Friedenspolitik und eine Entscheidung darüber, wie man sich zukünftig positionieren solle sowie einen Untersuchungsausschuss.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) fragt nach, was Svenja sich von einem Untersuchungsausschuss verspreche. Sie fände die Auseinandersetzung mit der Thematik wichtig, sehe aber wenig Möglichkeit, auf hochschulpolitischer Ebene die Bundesthematik zu beeinflussen.

Lene Greve (CG Hamburg): Das Bekenntnis „Wir müssen unsere wirtschaftlichen Interessen durchsetzen“ des ehemaligen Bundespräsidenten zeige, wohin man schauen müsse. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hätte gefordert, eine Untersuchungskommission einzuberufen. Das zeige, wie viel nötig wäre, um

aufzuklären, wo die eigentlichen Gründe für den Afghanistan-Einsatz gelegen hätten und welche Rolle die Bündnisverpflichtung, die Sicherung der wirtschaftlichen Vormachtstellung etc. gespielt hätten.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) findet es einen interessanten Antrag und begrüßt ihn auch in der vorliegenden Fassung. Er fände es auch sicherlich interessant, die Friedenspolitik der Grünen von vor 20 Jahren zu evaluieren, findet aber, dass dies in einem anderen Rahmen zu erfolgen habe. Er weist darauf hin, dass die vorgelegte Darstellung außerdem dem Tatbestand nicht gerecht werde. Vereinfacht zu sagen, der Abzug aus Afghanistan sei viel zu spät erfolgt, sei pauschalisiert. Ein Untersuchungsausschuss sei zu begrüßen und mit Sicherheit könne man nicht alle Gesichtspunkte heute auf der BMV klären.

Svenja Horn (CG Hamburg) sagt, Militär habe noch nie zu Demokratie geführt. Die Infrastruktur sei zerstört, an Industrie gebe es lediglich Opiumindustrie. Afghanistan sei nie in die Lage versetzt worden, selbst Landwirtschaft zu betreiben. Gerade in Afghanistan hätten die Dürreperioden zugenommen. Das Land sei nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen. Man hätte Schulen bauen müssen, das sei allerdings nur in geringem Umfang passiert. Das meiste Geld sei in militärische Ausbildung geflossen. Man hätte Emanzipation vorantreiben müssen. De facto gebe es heute in Afghanistan keine Demokratie, womit der Einsatz als gescheitert zu gelten habe.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9

Nein 6

Enthaltung 5

Der Antrag ist angenommen.

GO-Antrag von Lorenz Starkloff auf Änderung der Tagesordnung:

Der von Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) eingereichte Dringlichkeitsantrag D5 zur Änderung der Satzung im Abschnitt Mitgliederversammlung, s. TOP 9.1.4. solle noch auf dieser BMV behandelt werden. Die Abstimmung über den Änderungsantrag sei sehr kurzfristig erfolgt und man habe darüber inhaltlich nicht im gesamten Plenum gesprochen.

Lene Greve (CG Hamburg): Es sei eine wichtige Frage, wie man Inklusion umsetze und was man dafür brauche. Sie spricht sich dafür aus, das nicht an dieser

Stelle zu diskutieren, sondern sortierter vorzubereiten. Sie ist dafür, die Diskussion weiterzuführen, aber nicht an dieser Stelle.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8

Nein 11

Enthaltung 4

Die Dringlichkeit des Antrags ist abgelehnt.

10.2.4. Dringlichkeitsantrag D3

Linus Mach (CG Münster) stellt den Antrag vor. Der Antrag beziehe sich sehr explizit auf Abschnitte aus dem Koalitionsvertrag, die sich mit Hochschulpolitik beschäftigten. Er stellt voran, dass alle Anwesenden darüber übereinstimmen, dass am Koalitionsvertrag sehr viele Punkte zu bemängeln seien und die FDP sich zu sehr durchgesetzt habe. Nichtsdestotrotz sei es wichtig, auch die Dinge zu sehen, die einen guten Ansatz darstellen und auf welche man aufbauen könne. Auf drei dieser Punkte beziehe sich sein Dringlichkeitsantrag: Wohnen, Digitalisierung an Hochschulen und Forschung & Wissenschaft.

Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt, wie es mit dem ähnlichen Antrag aussehe. Stünden diese in Konkurrenz zueinander? Müsse man beiden zustimmen?

Linus Mach (CG Münster): Es gebe eine gewisse inhaltliche Überschneidung, die Anträge seien aber getrennt voneinander zu behandeln. Er und Johannes Klein haben gestern Abend für den anderen ähnlichen Antrag Änderungsanträge formuliert.

Anselm Göhring (GHSG Frankfurt) findet es gut, dass es einen Antrag gibt, der den Schwerpunkt auf Wissenschaft und Forschung setze. Er sehe es aber kritisch, einem FDP-geführten Ministerium auf Grundlage des Koalitionsvertrags optimistisch gegenüber zu stehen.

Lene Greve (CG Hamburg) ist sich etwas unsicher. Sie meint, man könne Teile dieses Antrags übernehmen und mit dem anderen kombinieren. Sie findet den vorliegenden Antrag zu schmeichlerisch. Sie würde einen Punkt gerne streichen. Das Bundesprogramm zu Digitaler Hochschule gefällt ihr nicht. An ihrer Hochschule sei man mit Videostreams abgespeist worden. Die kritische Studierendenbewegung solle nur beruhigt werden. Darum möchte sie den Punkt

Digitalisierung streichen. Der noble Grund, Teilhabe für Frauen mit Kind oder chronisch Kranke zu ermöglichen, sei vorgeschoben und bringe nichts. Diese bräuchten andere Hilfe, nämlich Kinderbetreuung. Das Umsetzen und Unterstützen spiele nur der FDP in die Hände. Auch wenn es so nicht gemeint sei. Inklusion müsse man anders umsetzen.

Armin Günther (CG Hamburg): Die Anträge widersprechen sich doch sehr. Er spricht sich gegen das „differenziert tun“ aus, das Widersprüche innerhalb des Koalitionsvertrags ignoriere.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) ergänzt, dass ein großer Unterschied bestehe zwischen der Ablehnung des Koalitionsvertrags und der Begrüßung bestimmter Punkte wie im vorliegenden Antrag. Sie stimmt zu, dass der Koalitionsvertrag ein neoliberales Programm sei. Die Umsetzbarkeit der Ziele, besonders beim Wohnen, sei nicht gegeben. Konkrete Maßnahmen seien nicht genannt. Sie versteht nicht, dass der Koalitionsvertrag so gelobt werde. Sie weist darauf hin, dass es im Koalitionsvertrag auch einen ganzen Abschnitt zu Hochschule gebe, indem die Gewinnorientierung von Hochschulen gefördert werde. Sie dachte auch, man würde über beide Anträge gemeinsam diskutieren. Sie habe darum keine Änderungsanträge gestellt. Sie findet, es solle auf jeden Fall auf den Widerspruch innerhalb des Koalitionsvertrags hingewiesen werden.

Linus Mach (CG Münster) möchte als Antragssteller die Änderungsanträge Ä1, Ä2 und Ä3 übernehmen.

Lene Greve (CG Hamburg) fordert Linus auf, sich erneut zu äußern, um die Debatte voranzubringen und sich zu den Änderungsanträgen zu äußern.

Linus Mach (CG Münster) stimmt dem zu, was Lene kritisiert hat und möchte darum auch ihren Änderungsantrag annehmen. Er habe aus bestimmten Gründen die Formulierung gewählt. Denn wenn man den Koalitionsvertrag insgesamt ablehne, weil er nicht konsequent genug sei, lehne man auch die Dinge ab, die in die richtige Richtung gehen und das sei nicht konstruktiv.

Elias Pourmoin (c:g köln) fragt, ob es noch möglich wäre, eine Gegenrede zu Änderungsantrag 4 zu halten und über diesen noch abzustimmen. Die anderen Parts könne er nachvollziehen. Die komplette Streichung des Absatzes finde er kontraproduktiv, denn das Zum-Ausdruck-bringen, dass die Bundesregierung Position beziehen soll, fände er sehr sinnvoll. Man könne es umformulieren, wenn bestimmte Formulierungen unglücklich seien. Es solle auf jeden Fall darüber abgestimmt werden, denn es persönlich fände die Formulierung der Aufforderung an die Bundesregierung, Stellung zu beziehen, sehr wichtig.

Lene Greve (CG Hamburg) erklärt ihre Änderungsanträge, die von Linus übernommen

wurden. Sie stellt ihren Änderungsantrag (Ä4) vor:

Man könne auch gegen den Koalitionsvertrag sein, auch wenn man eine grüne Perspektive habe. Grüne Politik sei auch, BAföG für alle zu fordern. Der Koalitionsvertrag sei noch hinter dem grünen Wahlprogramm zurückgeblieben. Ä4 hätte sie eingebracht, weil alle möglichen Kooperationen mit China aufgekündigt werden würden. Sie fordere Wissenschaftsaustausch statt Boykott. Man müsse dann erst recht auf Kooperation und Austausch setzen, wenn es ein Demokratieproblem gebe. Als letzten Punkt möchte sie darauf hinweisen, dass es nicht Aufgabe der Bundesregierung sei, Wissenschaft im Ausland zu betrachten. Das sei Aufgabe der hiesigen Wissenschaft.

Elias Pourmoin (c:g köln) versteht, dass Lene die Aufgabe der Bundesregierung nicht in der Bewertung ausländischer Wissenschaft sehe. Ihrer Meinung nach könne man aber auch nicht wegsehen, wenn Wissenschaftsfreiheit unter repressiven Diktaturen eingeschränkt werde und die Bundesregierung sich dazu nicht äußere. Es sei auch unsere Aufgabe als kritischer Blick auf die Grünen und das grüne Außenministerium, dies zu fordern. Es möchte einen Änderungsantrag stellen, in dem die Positionierung gefordert werde, ohne dabei sofort einen Boykott zu verhängen. Elias hält den Absatz weiterhin für wichtig.

Svenja Horn (CG Hamburg): Insgesamt fände sie es perspektivisch besser, wenn man sich nicht für die guten Punkte bedanken würde, sondern als kritische Bewegung darauf hinweisen würde, dass die BaföG-Regelung unzureichend sei. Sie fände es außerdem auch wichtig, wenn man darauf hinweise, wenn Forschung nicht mehr gewährleistet wäre.

Lene Greve (CG Hamburg) zieht ihren Änderungsantrag zurück.

Elias Pourmoin (c:g köln) stellt den von ihr gestellten Änderungsantrag Ä5 vor, den es bereits angekündigt habe. Es handle sich um eine Ergänzung zu dem von Linus Genannten, ergänzt um den Einschub, dass nicht zum Boykott aufgerufen werden solle und keine Moralkeule geschwungen werden solle, auch wenn das Benennen der Missstände gefordert wird.

Linus Mach (CG Münster) übernimmt den Änderungsantrag Ä5.

Es wird über den Dringlichkeitsantrag D3 in vierfach geänderter Form abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 4

Enthaltung 4

Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

10.2.5. Dringlichkeitsantrag D4

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) stellt den Antrag vor. Sie entschuldigt sich dafür, dass er so kurzfristig eingebracht worden sei. Er sei gemeinsam mit der GHSG Frankfurt eingereicht worden. Morgen sei das Ende der Urabstimmung über den Koalitionsvertrag bei den Grünen. Sie lehne den Koalitionsvertrag ab. Es gebe genug Probleme in Hinsicht aufs Klima, die die CDU-geführte Regierung nicht durchgesetzt habe. Von einer grünen Regierungsbeteiligung hätte man sich Besseres erhofft. Das sei leider nicht eingetreten. Es gebe keine konkreten Maßnahmen, die erklären würden, wie die Ziele erreicht werden sollten. Außerdem würde Politik für die Großen, nicht die Kleinen gemacht, bzw. es würde nicht sichergestellt, dass sozial gut gemeinte Ziele durch Maßnahmen unterfüttert würden. Der Antrag sei in drei Blöcke unterteilt: Wissenschaft & Forschung, Soziales und Internationales. Dabei würde gegenübergestellt, was der Koalitionsvertrag vorsehe und was im Grünen Grundsatzprogramm stehe. Dieser Vergleich belege, dass Grüne Grundsatzpolitik es nicht in den Koalitionsvertrags geschafft hätte. Erfolge wie das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Vertrag nicht ausreiche und kritisch zu sehen sei.

Ä2,Ä3,Ä4 werden von ihr übernommen. Von Ä4 würde man dabei die Ergänzung übernehmen, nicht aber die Streichung.

10.2.5.1. Vorstellen der Änderungsanträge

10.2.5.1.1 Vorstellen des Änderungsantrags 1

Lene Greve (CG Hamburg): Der Änderungsantrag möchte die starke Betonung von Annalena und Robert herausnehmen, da das Problem sei, dass Annalena Baerbock als Außenministerin hervorgehoben werde. Sie sei aber mehr, nämlich auch eine Spießerin und Kriegstreiberin [sic!]. Man solle darum die Attribute besser ganz weglassen und sich auf Inhaltliches konzentrieren.

10.2.5.1.2. Vorstellen des Änderungsantrags 2

Lene Greve (CG Hamburg): Ä2 beziehe sich auf die atomare Teilhabe. Die Grünen seien aus der Anti-Atomkraft-Bewegung hervorgegangen, darum sei diese Ergänzung

essentiell.

10.2.5.1.3. Vorstellen des Änderungsantrags 3

Lene Greve (CG Hamburg): Ä3 beziehe sich auf das Investitionsprogramm und das Festhalten am neoliberalen Ansatz. Der starke Staat, der investieren dürfe, würde durch den Koalitionsvertrag geschwächt. Darauf müsse hingewiesen werden.

10.2.5.1.4. Vorstellen des Änderungsantrags 4

Lene Greve (CG Hamburg): Die Übernahme von Ä4 ohne Streichung modifiziere ihren Änderungsantrag. Sie wäre gegen die Dopplung des Satzes. Leider widerspricht sich dann ihr Änderungsantrag mit anderen Stellen aus dem Antrag. Sie ist dafür, festzustellen, dass es ein destruktiver Koalitionsvertrag sei und das, was versäumt würde, durchaus möglich sei.

10.2.5.1.5. Vorstellen des Änderungsantrags 5

Vorgebracht durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo)

Ä1 und Ä5 beschäftigten sich mit demselben Absatz. Man würde den letzten Satz aus Ä1 übernehmen können. Es gebe dennoch einen entscheidenden Unterschied: Ä1 beschäftige sich mit der Strategie der Grünen im Bundestagswahlkampf und warum man der Meinung sei, dass die Spitzenkandidatin ungeeignet war. Dies im Antrag festzuhalten, davon profitiere man als Campusgrün nicht. Es stimme außerdem nicht, dass die Grünen nicht in den sozialen Bewegungen verwurzelt seien, siehe Ende Gelände und Leave No One behind. Man könne die Kritik aufrichtig formulieren ohne eine persönliche Beurteilung von Kandidat*innen vorzunehmen und fair bleiben und faktisch korrekt.

10.2.5.1.6. Vorstellen des Änderungsantrags 6

Vorgebracht durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Ä6 sei lediglich eine kleine Änderung. Der Verweis aufs Grundsatzprogramm solle gestrichen werden. Alle würden das Grundsatzprogramm kennen. Es bringe nichts, aufs Grundsatzprogramm zu verweisen und mache den Text nicht schöner.

10.2.5.1.7. Vorstellen des Änderungsantrags 7

Linus Mach (CG Münster) erklärt, der Änderungsantrag beziehe sich auf den Abschnitt Soziales: Der Hintergrund sei, dass der Kritikpunkt sei, es sei marginal, was bewirkt werde. Auch die Formulierung „erst ab 2022“ sei unangemessen, denn das sei ab nächstem Monat. Der wichtige Punkt sei aber der

Unterschied zwischen Sozialwohnungen und staatlich geförderten Wohnungen. Hartz IV bräuchte zwar eine grundlegendere Reform. Dennoch könnten Menschen davon profitieren. Er verweist auf das Argument von vorher (Kritik ja, aber nicht alles schlecht reden und gute Ansätze ignorieren).

10.2.5.1.8. Vorstellen des Änderungsantrags 8

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Es handle sich um den weitreichendsten Änderungsantrag. Der Titel würde geändert von „lehnt den Koalitionsvertrag ab“ zu „kritisiert den Koalitionsvertrag“. Er argumentiert, eine eindeutige Positionierung zur Ablehnung sei nicht zielführend. Denn mit der Ablehnung würde auch die Abschaffung des Transsexuellengesetz abgelehnt und erstrebenswerte Vorstöße ignoriert. Es reiche, zu sagen, dass der Koalitionsvertrag nicht ausreichend sei. Er sei unzureichend, ja. Man könne erklären: Bestimmte Punkte seien zu unterstützen, man könne aber keine vollständige Zustimmung erklären, eben aufgrund dieser Kritikpunkte.

10.2.5.1.9. Vorstellen des Änderungsantrags 9

Vorgebracht durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Es handle sich hierbei um eine Löschung. Der Absatz sei zwar nicht falsch, aber überflüssig. Er mache die Positionierung nicht deutlicher.

10.2.5.1.10. Vorstellen des Änderungsantrags 10

Vorgebracht durch Elias Pourmoin (c:g köln): Im Grunde sei der Änderungsantrag ein bisschen der erste Teil des Ä8 und im Großteil, aber eine andere Formulierung für „manch kleinerer Erfolg“. Für sie sei das Transsexuellengesetz nicht nur ein kleiner Erfolg.

Der Änderungsantrag Ä10 wird von den Antragsstellenden übernommen.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) erklärt, dass der Satz „Wir wollen Bewegung von unten stützen“ gelöscht werden solle, da es sich doch etwas mit dem anderen Satz widerspreche. So würde der Änderungsantrag von Leneangenommen werden können.

Das Präsidium fordert die beiden auf, einen Änderungsantrag zu formulieren, der von den Antragsstellenden angenommen wird.

Die Änderungsanträge werden im Folgenden nach Reihenfolge der Änderungen im Antrag behandelt.

Debatte zu Ä5 und Ä1

Armin Günther (CG Hamburg) äußert sich zu Ä5, spricht über die Niederschlagung des Protests in Essen. Er findet es falsch, dass in der Verknüpfung die Grünen als Bremser der Proteste dargestellt würden, wenn sie doch tatsächlich sogar Gegner*innen seien. Wahr sei auch, dass die Grünen sich weiter von Protesten distanzierten. Zu Ä1 findet er problematisch, dass der Markt als Äquivalent zu Kapitalismus verwendet werde, was inhaltlich falsch sei. Er findet den Bezug zu Annalena Baerbock und Robert Habeck prinzipiell ok.

Svenja Horn (CG Hamburg): Man könne es noch widersprüchlicher betrachten. Es gebe auch Menschen, die sich einbringen und nicht auf jede Bewegung draufhüpfen. Man müsse differenzieren. Sie bietet an, den Begriff „Markt“ durch Konkurrenzlogik zu ersetzen und den Änderungsantrag so zu modifizieren.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erklärt, dass Menschen, die lange aktiv waren, Lene widersprechen müssten. „Parteien sind eh doof“ zu sagen, sei zu einfach. Zu sagen, dass Parteipolitik sowieso schlecht sei, sei nicht konstruktiv. Es sei weder ein individuelles noch kollektives Versagen, wenn man zu Wahlen antrete und sich entsprechend verhalte. Man mache es sich zu einfach, wenn man sage, die Grünen waren mal eine Bewegung und sind sich nicht treu geblieben. Derartiges Pöbeln sei nicht zielführend.

Lene Greve (CG Hamburg): Man müsse zwischen Funktionären und uns als Bewegung noch trennen. Beispiel: Green Washing diene dem Karrierefortschritt und würde nicht mehr aus Überzeugung gelebt. Sie schreibe noch an einem Antrag, der Ä1 und Ä5 kombiniere.

Lars Pieper (c:g spoho köln): Er möchte seinem Vorredner widersprechen und sich seiner Vor-Vorrednerin anschließen. Wenn man sich die Anfänge der Partei anschaue, dann wisse man, dass man dafür gestritten habe, dass sich Karrieristen nicht groß machen dürften, sondern dass es dabei bleiben solle, dass nicht die Karrieristen [sic!] das Zepter übernehmen sollten, sondern radikale Basisdemokratie gelten müsse. Er empfinde das nicht als Pöbeln, sondern als berechtigte Kritik. Die Kritik an der neoliberalen Parteispitze sei gerechtfertigt.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg): Es ginge nicht nur um Vereinnahmung von Bewegung, sondern auch um Behinderung. Die Grünen würden den ökologischen Bewegungen teilweise im Wege stehen, sie hätten sich z.B. nie zu den Forderungen von Fridays for Future bekannt.

10.2.5.1.11 Vorstellen des Änderungsantrags 12

Lene Greve (CG Hamburg) stellt einen Änderungsantrag (Ä12) vor, der Ä1 ersetzen soll.

Es gehe um die Klarstellung, mehr zu trennen zwischen Funktionären und Bewegung. Eingehend auf die Kritik zum Begriff Markt sei dieser auch ersetzt worden. Sie habe außerdem eingeschränkt, dass die Konkurrenz nur von der FDP käme. Auch andere Seiten würden das tun, die FDP würde dies lediglich vorrangig tun.

Armin Günther (CG Hamburg): Der Änderungsantrag sei seiner Meinung nach nicht ideal. Es sei allerdings der Position des Verbandes aktuell am nächsten, lediglich zu kritisieren und nicht abzulehnen.

Es liegen mit Ä5 und Ä12 als Änderungsanträge zum selben Absatz vor. Es wird zuerst über den weiterreichenden Antrag (Ä5) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12

Nein 7

Enthaltung 4

Damit ist Ä5 angenommen, Ä12 entfällt damit.

10.2.5.2 Debatten zu den Änderungsanträgen

10.2.4.2.1 Debatte zu Änderungsantrag 9

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg): Es gehe um die Positionierung gegenüber der Beteiligung der Menschen von unten. Neoliberal vs. links seien die Flügel der Grünen. Sie sehe nicht, warum man sich nicht dazu positionieren solle.

Ä9 wird zurückgezogen.

10.2.4.2.2 Debatte zu Änderungsantrag 6

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) versteht noch nicht, warum er gestrichen werden soll. Denn im gesamten Antrag ginge es darum, das Grundsatzprogramm dem Koalitionsvertrag gegenüber zu stellen. Und das Grundsatzprogramm sei wichtig, man müsse sich zu diesem bekennen.

Ä6 wird von den Antragsstellenden zurückgezogen.

10.2.4.2.3 Debatte zu Änderungsantrag 7

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) möchte ihre Formulierung erläutern: Der geplante Mindestlohn würde mit Anfang 2022 zuerst um eine geringe Summe angehoben, die vollständige geplante Hebung trete erst zu Ende des Jahres 2022 ein. So wichtig sei ihr der Satz nicht, er könne auch gerne gestrichen werden. Zum Thema Wohnen: Es sei nicht möglich, diese Massen an Wohnungen zu bauen. Es müsse klargestellt werden, dass auch Enteignungen nötig seien. Dieses Konzept stehe nicht im Koalitionsvertrag, darum sei dies wichtig.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Jakob Belle

Jakob Belle (BAGLS): Man habe gehört, was die Gründe für den Änderungsantrag seien und warum die Antragsstellenden diesen nicht übernehmen wollen. Mit Blick auf die noch anstehenden Wahlen des Bundesvorstands, für die man zwei Stunden veranschlagen solle, solle man, obwohl auch ihm inhaltliche Debatten immer sehr wichtig seien, auch eine Wahl ermöglichen und darum so schnell wie möglich abstimmen.

Armin Günther (CG Hamburg) hält Gegenrede: Die Inhalte seien wichtiger als die Wahl des Bundesvorstands. Er würde die Debatte gerne weiterführen.

Abstimmung über GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja 11

Nein 8

Enthaltung 3

Der GO-Antrag ist damit angenommen.

Abstimmung über Änderungsantrag 7:

Abstimmungsergebnis:

Ja 3

Nein 5

Enthaltung 4

Der Änderungsantrag ist nicht angenommen.

10.2.4.2.4 Debatte zu Änderungsantrag 8

Elias Pourmoin (c:g köln) möchte zunächst dafür plädieren, dass es nicht gleich wieder einen Antrag auf vorzeitige Abstimmung geben möge. Sie möchte keine Einschränkung der Debatte, die bei diesem Änderungsantrag sehr umfangreich sein müsse, da auch der Änderungsantrag sehr umfangreich sei. Es fügt hinzu, dass auch Grüne wie Elias den Koalitionsvertrag ablehnen könnten.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Jakob

Jakob (BAGLS) ergänzt die Begründung von vorigem Antrag darum, dass es keine Ablehnung der inhaltlichen Debatte sei, zu fordern, dass neben der inhaltlichen Debatte auch die Wahl des Bundesvorstands stattfinden soll. Er skizziert, dass bei nicht Stattfinden der Wahl des BuVo immense Kosten auf den Verband zukämen und der Verband nicht handlungsfähig sei.

Abstimmung über GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja 15

Nein 7

Enthaltung 1

Der GO-Antrag ist damit angenommen.

Abstimmung über Änderungsantrag 8:

Abstimmungsergebnis:

Ja 15

Nein 6

Enthaltung 2

Änderungsantrag 8 ist angenommen.

Änderungsanträge 10, 4 und 11 entfallen damit, weil es sich um konkurrierende Anträge handelt.

10.2.4.3 Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag 4 gesamt

Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) ist sich unsicher, wie er über den Antrag abstimmen soll, nachdem sehr viele Debatten abgekürzt worden seien. Er wünscht sich für die Zukunft, dass inhaltlich mehr Raum für Debatten geschaffen werde. Vermutlich liege es auch am Online-Format, dass die Zeit dafür fehle.

Svenja Horn (CG Hamburg) möchte wissen, worüber nun abgestimmt werde.

Das Präsidium erklärt, dass es um den gesamten modifizierten Antrag D4 gehe.

Svenja Horn (CG Hamburg) erklärt, dass das Kritisieren des Koalitionsvertrags nicht dem Austreten aus Campusgrün oder den Grünen gleichkomme. Man müsse Kritik äußern dürfen und für seine Werte einstehen. Sie setzt sich dafür ein, dass man den Koalitionsvertrag ablehnt. Man sollte sich nicht mit Kleinigkeiten zufriedengeben.

Anselm Göhring (GHSG Frankfurt) kann nachvollziehen, dass es wichtig sei, den BuVo zu wählen, findet es dennoch schade, dass die Diskussion abgekürzt worden sei. Er findet es wichtig, dass wir ein allgemeines politisches und kritisches Statement zum Koalitionsvertrag setzen, auch wenn der Ablauf nicht ideal gewesen sei.

Lene Greve (CG Hamburg) fand den Ursprungsantrag sehr gut. Er hätte auf soziale Bewegungen, das Aufheben der Schuldenbremse und der Kritik an Hartz IV beharrt. Sie findet es peinlich, dass wir als Verband das schönreden und „unsere Hoffnung und Ziele aufgeben“. Es käme einem Aufgeben gleich und dem Geständnis, dass die Konkurrenz gewonnen habe, wenn wir nicht auf unseren Werten beharrten.

Das Präsidium ermahnt, dass man sich nicht weiter zum Verfahren und der Stimmung äußern solle. Es sei kritisiert worden, dass zu wenig Raum zu inhaltlicher Diskussion gegeben worden sei. Jetzt, wo der Raum da sei, sollte man die geforderte Zeit doch besser nutzen, sich inhaltlich über den Antrag auszutauschen.

Armin Günther (CG Hamburg) erklärt, dass CG Hamburg den Antrag zurückzieht.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) erklärt, dass sie den Antrag nicht gut findet. Sie lese unseren Antrag wie den der Grünen Jugend. Es sei keine Ablehnung des Koalitionsvertrags, aber das Prädikat „ok“ würde verliehen und dies sei ein Verrat an Friedensbewegung und sozialem Engagement.

Anselm Göhring (GHSG Frankfurt) erklärt, dass er den Antrag aufrechterhalte,

auch wenn er nicht mit dem Ergebnis zufrieden sei. Denn Teile der Änderung seien durchaus konstruktiv gewesen.

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erklärt, dass er verstehe, dass es Leute frustriert, dass der Antrag abgemildert wurde. Dennoch findet er es wichtig, den Blick auf das Gesamte zu werfen. Den Vergleich mit der GJ findet er nicht angemessen. Die GJ hat ihren Mitgliedern die eindeutige Empfehlung gegeben, dem Koalitionsvertrag zuzustimmen. Dies sei nicht die Message von Campusgrün. Die Überschrift des Antrags laute „Campusgrün kritisiert den Koalitionsvertrag“. Es liege eine deutliche Positionierung vor. Er stimme Elias zu, dass bei absoluter Ablehnung diejenigen Fortschritte, die wichtig wären, gleichzeitig mit abgelehnt würden. Dies sei nicht konstruktiv und mindestens genauso ein Verrat der eigenen Ideale. Er bedankt sich bei den ursprünglichen Antragssteller*innen und plädiert dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 5

Enthaltung 3

Der modifizierte Antrag D4 ist angenommen.

10.3 Anträge

10.3.1. Antrag auf Unterstützung bei Mitgliedersuche

Eingebracht durch Johann Wermter (GAHG Karlsruhe): Johann erklärt, er sehe den Antrag zwar als wichtig an und würde ihn auch gerne heute noch behandeln, sehe aber die Wahlen des BuVo als wichtiger an und sei nicht der Meinung, dass die Debatte zu dem Antrag die Wahlen des BuVo noch weiter beeinflussen würde.

Er stellt damit den GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung, sodass der Antrag erst nach den Wahlen des Bundesvorstand behandelt werde.

Es gibt keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen und der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

TOP 11 Wahlen Bundesvorstand

GO-Antrag durch Nadia (CG Hamburg) auf eine Pause von 15 min, um sich über Kandidaturen zu beraten.

Es gibt eine formale Gegenrede durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo).

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Nein 5

Enthaltung 3

- Pause von 15 min -

Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) stellt einen GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzung um eine Stunde.

Es gibt keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist damit angenommen.

11.1. Wahl der*s Sprecher*in (quotierter Platz)

Emily Kraft (c:g köln, BuVo) stellt sich vor.

Svenja (CG Hamburg) fragt, was uns als CG davon abhält, Neoliberalismus zu bekämpfen und lauter zu sein. Wo sei das Hindernis? Was seien Emmis konkrete Vorschläge, sich besser zu vernetzen?

Emmi fände es schön, wenn der BuVo auch zu multilateralen Gesprächen einlade. Emmi findet das Arbeitsprogramm durchaus ambitioniert und findet, dass es wichtig ist, sich auch innerhalb des Verbands zu vernetzen, da keine Einzelperson in jeder Hinsicht versiert sein könne.

Elias Pourmoin (c:g köln) fragt, wie Emmi als Person, die keine Pronomen verwendet, dafür sorgen möchte, auch FINTA*-Personen mehr Stimmen zu verleihen und wie diese besser vertreten werden könnten.

Emmi möchte, dass mehr inter* und trans* Personen Teil des BuVo und des gesamten Verbands werden. Emmi möchte, dass inter, nicht-binäre, trans und agender Personen berücksichtigt werden und im nächsten BuVo darüber beraten werden soll, wie man damit umgehen solle und wie man trans* Feindlichkeit bekämpfen könne.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) fordert Emmi dazu auf, die durch die

Redezeitbegrenzung abgebrochene Rede weiterzuführen.

Emmi erklärt, Emmi möchte sich mit mehr Gruppen vernetzen und bereits bestehende Vernetzung pflegen. Bezüglich der Bewegung von unten fordert Emmi dazu auf, mit der Machtposition als BuVo achtsam umzugehen und Emmi ist zuversichtlich, dass man Maßnahmen finden könne, wie das umgesetzt werden könne.

Wahlergebnis:

Ja 19

Nein 2

Enthaltung 1

Damit ist Emily Kraft zur*m kommissarischen Sprecher*in gewählt.

11.2. Wahl der*s Sprecher*in (offener Platz)

Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) stellt sich vor.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) möchte wissen, wie Johannes den Tag heute einschätzt und die Rolle des BuVo. Der BuVo würde taktische Änderungen der Tagesordnung durchpeitschen. Inhaltliche Debatten würden unterdrückt und die Basis bevormundet. Wäre mehr Rotation innerhalb des BuVo wünschenswert?

Johannes erklärt, dass wie die Debatte heute abgelaufen ist, nicht ideal sei und dass dies kritisch reflektiert werden müsse. Er fände übrigens nicht, dass Debatten eine Castingarena für den BuVo seien.

Lars Pieper (c:g spoho köln) fragt, ob im Falle einer Wahl Jo mitfordern würde, dass Bachelor und Master überwunden würden und entweder zeitweise oder langfristig Diplom und Magister wieder eingeführt werden sollten.

Johannes gesteht, dass er keine Expertise in diesem Bereich habe. Er sei aber überzeugt, dass das Problem nicht internationale Standards seien oder die Zweiteilung des Studiums, sondern eher Regelstudienzeit, fehlende Möglichkeit, sein Studium frei zu gestalten u.Ä.

Elias Pourmoin (c:g köln) bringt an, dass an der aktuellen BMV erkennbar sei, dass es ein Übergewicht an cis männlichen Personen im Verband gebe. Er möchte wissen, wie Johannes Widerstand gegen die patriarchale Übermacht leisten möchte.

Johannes bedankt sich für die wichtige Frage und sagt, man müsse sich im Verband darüber viele Gedanken machen, mit einer einfachen Antwort sei das nicht getan. Es müsse gefördert werden, dass FINTA*-Personen partizipieren, an Veranstaltungen teilnehmen, sich einbringen und wohlfühlen können. Strukturelle Maßnahmen seien dazu genauso gefragt. Er ist sehr dankbar, dass es die Satzungsänderung gebe, die am gestrigen Tag beschlossen worden sei und bedankt sich für die wichtige Anmerkung und Frage.

Wahlergebnis:

Ja 12

Nein 7

Enthaltung 1

Johannes Klein ist damit zum kommissarischen Sprecher gewählt.

11.2. Wahl einer*s politischen Geschäftsführung

Christina Markfort (BAGLS Bamberg, BuVo) stellt sich vor.

Lene Greve (CG Hamburg) nimmt Christina als der NATO gegenüber kritische Person wahr. Sie fragt, ob es stärkere Kooperation mit Friedensbewegungen geben solle und ob man sich von Seiten des BuVos dafür einsetzen werde, sich damit zu beschäftigen, wie man den Afghanistan-Einsatz weiter organisieren soll.

Christina sehe ihre persönliche Arbeit innerhalb des BuVo, da sie nicht mehr Sprecherin sei, in Zukunft nicht mehr primär in der Kommunikation. Sie würde jedoch auf keinen Fall eine Kommunikation mit Friedensbewegungen von Seiten der zukünftigen Sprecher*innen behindern.

Elias Pourmoin (c:g köln): „Wie stehst du zu linken antifaschistischen Gruppen? Es gibt ja nicht nur Campusgrün, sondern auch Antifa-Gruppen.“

Christina: Es gebe sehr viele Antifa-Gruppen, beziehungsweise sehr viele Gruppen, die sich als antifaschistisch bezeichnen. Es komme für sie immer darauf an, um welche Gruppe und um welche Person, auch um welchen Zusammenhang es sich handle. Sie habe auch sehr viele Gruppen erlebt, die sich als antifaschistisch bezeichnen, aber von Grund auf antisemitisch seien und sie stehe diesen feindlich gegenüber. Sie sei sehr froh, dass sie Mitglied in einem Verband sei, der überzeugt antifaschistisch sei und dies auch in seinen Grundwerten und Satzungen festgelegt habe. Sie sei persönlich stark antifaschistisch, eine

pauschale Bewertung aller antifaschistischen Gruppen hält sie allerdings nicht für sinnvoll. Sie möchte keine allgemein gültigen Wahrheiten behaupten, sondern differenziert und aufmerksam urteilen.

Wahlergebnis:

Ja 19

Nein 1

Enthaltung 2

Christina Markfort ist damit zur kommissarischen politischen Geschäftsführerin gewählt.

11.3. Wahl einer*s Schatzmeisters*in

Linus Mach (CG Münster) stellt sich vor.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) fragt, was es denn gebe, was Linus störe und was er ändern möchte. Aus seiner Rede hätte sie herausgehört, dass er alles gut finde so wie es sei und so weiter machen wolle.

Linus erwidert, dass er keinesfalls der Meinung sei, dass alles gut sei, so wie es ist. Er spricht mit Wohnen und Digitalisierung nur zwei Punkte an. Ein weiteres Thema, dass Linus beschäftige, sei das Thema psychische Gesundheit. Er habe in seiner Zeit als AStA-Vorsitzender sehr viel darüber gelernt. Er sei in seiner Rede deshalb nicht so ausführlich auf Inhalte eingegangen, weil seine Aufgabe als Schatzmeister vor allem struktureller Natur sei.

Armin Günther (CG Hamburg) möchte wissen, wie Linus‘ persönliches Verhältnis zu den Grünen sei.

Linus erwidert, dass er Mitglied der Grünen Jugend sei, sich dort auch mit Bildungspolitik beschäftige, auch Mitglied bei den Altgrünen sei, dort allerdings nicht weiter aktiv sei.

Lene Greve (CG Hamburg) fragt, ob Linus schon eine Idee dazu erarbeitet habe, wie Emanzipation auch Spaß machen könne und trockene Aufgaben wie die des Schatzmeisters Spaß machen könnten. Außerdem interessiere sie, wo Linus das Potential sieht, sich gegenüber den Grünen zu positionieren.

Linus erwidert, dass er grundsätzlich nicht der Meinung ist, dass Finanzen

trocken seien, hierbei handle es sich auch um politische Entscheidungen, denn es gehe auch darum, wohin das Geld fließe. Er bedauert, dass der Eindruck entstanden sei, er würde alles als Arbeit begreifen und als würde es ihm keinen Spaß machen. Selbstverständlich freue er sich auf die Aufgabe.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17

Nein 2

Enthaltung 3

Linus Mach ist zum kommissarischen Schatzmeister gewählt.

11.4. Wahl der Beisitzenden (2 quotierte Plätze)

Es liegt eine Bewerbung von Maret Speemann (CG Münster) vor.

Maret stellt sich vor.

Anneke Hoffmeyer (GHG Bonn): Maret hätte gesagt, volle Hörsäle würden die psychische und physische Gesundheit der Studierenden belasten. Hieße das, sie spreche sich gegen Präsenzlehre aus?

Maret: „Nein, ich bin nicht gegen Präsenz. Das Recht auf Präsenz soll beibehalten werden. Es geht mir darum, dass die Hörsäle nicht überfüllt sein sollen, weil Studierende sich darin unwohl fühlen, weil sie Angstzustände erleben und es ihre Gesundheit belastet. Was ich fordere, ist die Möglichkeit und Option auf Hybrid, denn Vorlesungen sind wichtig für die Klausurvorbereitung.“ Es gehe also um das Schaffen von zusätzlichen Möglichkeiten, nicht um das Abschaffen von Präsenz. Studierende sollen sich wohlfühlen können.

Ken Alan Berkpinar (GHG Bonn): Wo siehst du deine Schwerpunkte?

Maret: FINTA*-Förderung, Queerfeminismus, Inklusion, Unterstützung des BuVo und Entlastung.

Wahlergebnis:

Ja 19

Nein 2

Enthaltung 1

Maret Speemann ist zur kommissarischen Beisitzenden gewählt.

11.5. Wahl der Beisitzenden (1 offener Platz)

Da es nur ein quotierter Beisitzer*innenplatz gewählt wurde, steht nur ein offener Platz zur Verfügung.

Anselm Göhring (GHSG Frankfurt) stellt sich vor.

Elias Pourmoin (c:g köln) möchte fragen, was Anselm unter politischer Arbeit verstehe. Auch an ihn möchte er die Frage stellen, wie er sich zum Thema FINTA* positioniere. Er sei auch eine cis männliche Person. Wie möchte Anselm sich dafür einsetzen, dass mehr FINTA* Personen in den BuVo finden und BuVo-Personen unterstützt würden?

Anselm definiert politische Arbeit als den Kampf für soziale Gerechtigkeit, auch für FINTA*-Personen. Er freue sich auch auf den Input aus dem Verband.

Jonas Michalczyk (GHG Passau) fragt, inwieweit Anselm Landesverbände unterstützen möchte.

Anselm erwähnt, dass er es sehr wichtig finde, die Verbindung zu den Landesverbänden zu halten und die Kommunikation zu verbessern. Es gehe darum, das Wissen zu bündeln und dass alle darauf zugreifen könnten.

Kai Oswald (GAHG Karlsruhe)möchte wissen, was ihn bewogen habe, sich doch noch so kurzfristig zu bewerben.

Anselm erklärt, dass er es vercheckt hätte, sich fristgerecht zu bewerben. Die Bewerbung hätte er aber schon länger geplant gehabt.

Jonas Michalczyk (GHG Passau) stellt sich vor.

Lene Greve (CG Hamburg) findet seinen Beitrag zum Thema psychische Gesundheit interessant, weil er ein ganzheitliches Bild widerspiegle, das sowohl soziale als auch internationale Dimensionen beleuchte. Sie möchte wissen, wo der Zusammenhang zwischen der psychischen Gesundheit und Bologna bestehe.

Jonas sieht es als unglaublich wichtig an, dass man sich damit auseinandersetze,

er kenne sich mit Bologna nicht explizit aus, weil er selbst Jura studiere, kenne aber das Problem von Stress sehr gut und möchte sich darum dafür einsetzen, dass dieser für Studierende allgemein abnehme.

Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) möchte wissen, was Jonas von Antifaschismus hält auch in Bezug auf Hochschulen.

Jonas antwortet, dass Antifaschismus ein sehr komplexes Thema sei und er sich auch im Kontext mit Corona-Leugner*innen damit beschäftigt habe. Er kritisiert, dass sich einige Corona-Leugner*innen mit vom Nationalsozialismus verfolgten Personen gleichstellen würden.

Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt, warum Jonas sich ausgerechnet im BuVo für die verfasste Studierendenschaft einsetzen möchte, warum er das nicht auf Ebene des Landesverbands tue.

Jonas antwortet, dass auf Ebene des Bundesvorstands die Vernetzung mit der verfassten Studierendenschaft besser möglich sei.

Wahlergebnis:

Jonas 12

Anselm 6

Nein 1

Enthaltung 1

Damit ist Jonas zum kommissarischen Beisitzenden im Bundesvorstand gewählt.

11.6 Nominierung von Personen für das Bildungswerk

Nominiert von Seiten des BuVo sind Emily Kraft (c:g köln), Johannes Klein (GHG Saar) und Christina Markfort (BAGLS Bamberg). Über diesen Vorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17

Nein 0

Enthaltung 1

Der Vorschlag ist angenommen.

TOP 12 Nachwahlen Bundesschiedsgericht

Juri Biswas (GHG Passau) stellt sich vor.

Wahlergebnis:

Ja 16

Nein 0

Enthaltung 1

Juri ist kommissarisch gewählt.

*- Ende des offiziellen Teils der BMV um 14:58 --***TOP 13 ff. entfallen**

Danksagungen

Der BuVo bedankt sich bei allen Teilnehmenden, Antragsstellenden, Änderungsantragsstellenden, den Organisator*innen vor Ort, dem Präsidium, der Schriftführerin sowie Özlem und Mariana in der Bundesgeschäftsstelle.

*In diesem und allen anderen Wahlgängen wurde die Wahl angenommen, wenn nicht anders vermerkt. Kommissarisch ist die Ausübung des Amts durch die betreffenden Personen bis zur Bestätigung durch die Briefwahl.